

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 4. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 30. November 2005

#### Tagesordnungspunkt 1:

#### Regierungserklärung der Bundeskanzlerin mit anschließender Aussprache

76 C

#### Petra Pau (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Innenpolitik, innere Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung und Polizeibefugnisse reden, dann reden wir zugleich auch immer über Demokratie und Bürgerrechte. Das ist jedenfalls der Generalansatz der Linksfraktion. Beide Seiten bilden zuweilen ein Spannungspaar. Wir haben es in den vergangenen Jahren am Beispiel der „Otto-Pakete“ erlebt, wie Bürgerrechte einer vermeintlichen Sicherheit geopfert wurden. Die große Koalition will offenbar diesen falschen Kurs weiterführen. Ich kündige Ihnen heute schon an, dass Sie damit auf den Widerstand der Linksfraktion stoßen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Bevor ich zum Koalitionsvertrag komme, möchte ich über zwei Hängepartien sprechen, die das Ausmaß der Bürgerrechtsverletzungen hierzulande illustrieren. Ich meine die Spitzelaktion des BND gegen Journalisten und ein renommiertes Friedensforschungsinstitut. Die BND-Spitze hat das selbst eingeräumt und einen Fehler genannt. Das ist aber kein Fehler, sondern ein klarer Verstoß gegen die Pressefreiheit und damit gegen das Grundgesetz.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich meine des Weiteren das Agieren der CIA auf europäischem und deutschem Territorium. Auch das sind Verstöße gegen allgemeine Menschenrechte und gegen unser Grundgesetz. Auch dafür gibt es hierzulande politische Verantwortliche. Ich will, dass das im Bundestag geklärt wird und nicht hinter verschlossenen Türen.

Nun gab es schon in den zurückliegenden Jahren kaum ein Politikfeld, bei dem sich SPD und Union so einig waren wie in der **Innenpolitik**. Die Zwillinge Otto Schily und Günther Beckstein sind schon legendär, allerdings nicht im Guten. Zählen Sie selbst einmal nach, wie viele Gesetze und Maßnahmen im Zusammenhang mit ihrer Sicherheitspraxis vor dem Bundesverfassungsgericht gelandet sind und dort gerügt wurden! Ich erinnere nur an den großen Lauschangriff.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war aber nicht von Rot-Grün! –  
Silke Stokar von Neuforn [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war von denen vor uns! Das waren wir nicht!)

Das hat allerdings in der großen Koalition offenbar nicht zum Umdenken geführt. Ich nenne nur den neuesten Coup, das bundesdeutsche Mautsystem zum Fahndungs- und damit zum Überwachungssystem auszubauen. Auch das lehnt die Linksfraktion ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Das gilt auch für den **Einsatz der Bundeswehr im Innern**. CDU und CSU wollen ihn ausdrücklich und sind bereit, dafür das Grundgesetz zu ändern. Die SPD war bis vor kurzem strikt dagegen.

(Zuruf von der SPD: Immer noch!)

Im Koalitionsvertrag aber klingt das Nein der SPD bereits sehr stark nach einem Jein.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Nein! Lesen Sie ihn noch einmal!)

Einen großen Schritt zum Einsatz der Bundeswehr im Innern ist Rot-Grün auch schon gegangen, als Sie das so genannte Luftverkehrssicherheitsgesetz beschlossen haben. Kritiker haben es völlig zu Recht als „Lizenz zum Töten“ bezeichnet.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Oh je!)

Ich teile diese Einschätzung. Auch dieses Gesetz wird derzeit vom Bundesverfassungsgericht geprüft. Ich begrüße das ausdrücklich.

Die Linksfraktion will etwas anderes: Wir wollen mehr **direkte Demokratie** auf Bundesebene.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Thema ist nicht neu, aber es drängt, auch angesichts der zunehmenden Parlamentsverdrossenheit im Lande.

Seit der Vereinigung 1990 wurden zwei historische Chancen verspielt, Volksabstimmungen ins Grundgesetz aufzunehmen. Die erste lag auf der Hand, als es darum ging, das provisorische Grundgesetz zu einer Verfassung zu erheben, die von der Bevölkerung angenommen wird.

Die zweite gab es zuletzt, als es um die EU-Verfassung ging. In nahezu jedem EU-Land kann die Bevölkerung direkt mitbestimmen. Spätestens hier wird offenbar: In Sachen direkter Demokratie ist die Bundesrepublik Deutschland ein EU-Entwicklungsland. Ich meine, das muss sich endlich ändern.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gab in der Koalition ein kurzes Kompetenzgerangel, in welchem Ressort die **Bbeauftragte für Migration und Integration** angesiedelt wird. Es ist ein ungemein wichtiges Amt. Das wissen wir nicht erst seit den gewaltigen Eruptionen in Frankreich vor wenigen Wochen. Ich bin erleichtert, dass die Wahl auf das Bundeskanzleramt und nicht auf das Innenministerium fiel. Denn die Themen Migration und Integration sind mehr denn je Querschnittsaufgaben. Genau dieser Anspruch findet sich aber im Koalitionsvertrag nicht wieder. Dort werden Menschen mit Migrationshintergrund weiterhin als Störfaktoren und Kriminelle betrachtet. Diese Sicht muss endlich überwunden werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es bedrückt mich schon, dass die Bundeskanzlerin in ihrer heutigen Regierungserklärung nicht eine Antwort auf die drängenden Fragen von Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Land gegeben hat.

Lassen Sie mich ein weiteres Thema ansprechen. Wie Sie wissen, haben wir als Linke ein kritisches Verhältnis zum deutschen **Beamtenum**.

(Zuruf von der SPD: Warum eigentlich?)

Aber wir sind dagegen, dass der Staat sein Mütchen ausgerechnet an den Beamtinnen und Beamten kühlt. Die große Koalition ist mit einer Attacke gegen Beamtinnen und Beamte gestartet. Sie sollen länger arbeiten und dafür auf Bezüge verzichten. Zugleich werden ihnen aber alle Ansprüche auf mehr Mitsprache verwehrt. Ich finde, das ist nicht klug und auch nicht gerecht. Die Linksfraktion verschließt sich nicht, wenn es um ein modernes Beamtenrecht geht, aber dann immer mit den Betroffenen und nicht gegen sie. Übrigens gilt auch hier, was mein Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi schon heute früh an der Erklärung der Bundeskanzlerin kritisiert hat: Sie bieten den Menschen sowie insbesondere den Beamtinnen und Beamten im Osten der Republik mit Ihrem Koalitionsvertrag keinerlei Perspektive auf Angleichung der Lebensverhältnisse.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie ja gleich zwei Opfergruppen!)

Zum Schluss habe ich noch eine Bitte an Sie, Herr Bundesinnenminister. Sie haben laut „FAZ“ 1996 gesagt, man müsse endlich weniger Demokratie wagen, und gemeint, die Verfassung verkomme zur Fessel der Politik.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Genau! – Clemens Binninger [CDU/CSU]: Nennen Sie die Quelle korrekt!)

Ich finde, es ist Zeit, das öffentlich und glaubhaft zu widerrufen. Das wäre übrigens auch ein unverzichtbarer Beitrag gegen den grassierenden Rechtsextremismus. Zumindest im Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Neofaschismus

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Und vor allem Linksextremismus!)

sollten wir uns als demokratische Parteien über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig werden und aktiv sein.

(Beifall bei der LINKEN)